

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Hilfs-Büro)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 37.

Berlin, Mittwoch, 7. Mai 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien. — Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbüros der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1912. — Die Arbeiterbewegung in den Baltikstaaten. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

## Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Von wohl unrichtigter Seite ging uns Ende voriger Woche aus dem Streikgebiete folgende Zuschrift zu, die ein anschauliches Bild von der Entstehung und Entwicklung der ganzen Bewegung gibt:

Der Kampf der ober-schlesischen Steinkohlengraber mit den schwer reichen Grubenbesitzern ist noch in vollem Gange. Die große Beteiligung der Arbeiter an diesem gigantischen Kampfe hat allgemein nicht zuletzt im Lager der Grubenbesitzer und Verwaltungen überrascht. In Bergarbeiterstreiks hat es in Oberschlesien bisher nicht gefehlt: sie brachen aber immer in kurzer Zeit zusammen. Dasselbe Schicksal wurde auch dieser Bewegung vorausgesagt. Es ist anders gekommen. War auch anfangs die Beteiligung nicht so, wie die Streikleiter es wünschten, — was nicht zuletzt auf das Verlangen der fiskalischen Gruben zurückzuführen war —, so stieg die Zahl der Kämpfenden doch von Tag zu Tag. Zwei Wochen hat jetzt der Kampf bereits gedauert bei stetiger Steigerung der Streikziffer, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie noch weiter steigt. In dem Jögern, sich dem Streik anzuschließen, kommt teils das Mißtrauen der Arbeiter zum Ausdruck, das sich infolge der früheren fehlerhaften Bewegungen festgesetzt hatte. Denn im allgemeinen wird in viel kürzerer Zeit die Höchstbeteiligung erreicht. Im Ruhrstreik 1905 wurden bereits am fünften Streiftage die meisten Streikenden gezählt und im März 1912 gar schon am dritten Tage. Zum Teil kommt in diesem langsamen Anschluß allerdings auch die Unlust zum Streik zum Ausdruck. Die Streikleitung hat nämlich keine leichte Arbeit gehabt. Versammlung auf Versammlung war nötig, um die große Masse der Unorganisierten zur Beteiligung zu bewegen. Die Streikposten mußten ebenfalls noch ein gutes Stück Arbeit leisten, ehe die Streikenden stillstanden. Die vereinte Tätigkeit hat aber vermocht, eine Anzahl Arbeiter in den Aufstand zu bringen, an die kaum die Urheber der Bewegung gedacht haben.

Der Streik begann am 19. April mit ungefähr 20 000, bei einer Belegschaft von etwas über 120 000 Mann. Er erstreckte sich an diesem Tage nur auf 17 Grubenanlagen. Am 21. April dehnte sich der Kampf bereits auf 38 Anlagen aus mit einer Beteiligung von mehr als 30 000 Mann. Die Ziffer ist dann ständig weiter gestiegen, jedoch der offizielle Preisbericht am 10. Streiftage die Zahl von 57 267 Mann erab. Niedrig Zahlen werden von der Streikleitung als zu niedrig bezeichnet. Auf der anderen Seite werden wieder die von der Streikleitung abgegebenen Zahlen als viel zu hoch abgelehnt. Die Streikleitung meldete nämlich schon gleich am ersten Tage eine Zahl von mehr als 40 000 Streikenden. Sie ist dann sehr rasch an, und am dritten Tage wurde schon verdienstlich von 65 000—85 000 Streikenden berichtet. Augenblicklich werden 90 000 Streikende angegeben. Wenn auch die offiziellen Ziffern wirklich zu niedrig sein sollten, so kann doch auch kaum die Zahl von 90 000 richtig sein; denn die amtliche Lohnnachweisung vom 4. Vierteljahr 1912 gibt gegen 80 000 Untertagearbeiter an. Von diesen arbeitet zurzeit aber noch ein ansehnlicher Prozent-

jas, und es ist nicht wahrscheinlich, daß annähernd soviel Ubertagearbeiter einschließlich des Maschinenpersonals, das auf einigen Gruben nachträglich mit in den Aufstand getreten ist, mit im Streik stehen, wie Untertagearbeiter in den Gruben geblieben sind. Die Streikziffer dürfte deshalb zwischen 60 000—70 000 liegen, keinesfalls wird sie höher sein.

Da die Wogen der Bewegung nun aber weit über das Bergbaulager hinweggehen und auch andere Berufe mit hineingezogen worden sind, dürfte es am Platze sein, einiges über die Entstehung und Entwicklung des Kampfes an dieser Stelle zur Kenntnis der Kollegen zu bringen, einmal weil die polnische Berufsvereinigung (P. B. V.) sich nicht geniert, wider besseres Wissen die Behauptung zu verbreiten, die Gewerksvereine begünstigen Streikbruch, und zweitens weil sie bestrebt ist, Berufe mit in die Bewegung zu verwickeln, die den Bergarbeitern in ihrem Kampfe nicht nur nichts nützen mit einer Arbeits-einstellung, sondern sie indirekt belasten.

Die P. B. V. behauptet, die jetzige Bewegung sei bereits im Oktober v. Js. von ihr mit einer Eingabe an die Grubenverwaltungen zwecks Abänderung der Arbeitsordnung eingeleitet worden. Diese Eingabe wurde von den Grubenverwaltungen angeblich abschlägig beschieden. Von anderer Seite wird auch behauptet, eine Antwort sei überhaupt nicht erfolgt. Daraufhin wurde eine Petition an den preussischen Landtag abgeleitet. Die der Beratung dienenden in der Kommission für Handel und Gewerbe im preussischen Abgeordnetenhaus erhielten die Väter der Petition frächtige Reaktionen. Es waren Behauptungen über Mißstände auf den Gruben aufgestellt, für die das Beweismaterial fehlte. In dieser Rür die der Regierungsvertreter an und mit Hilfe des mit Unterstützung der Polen in den preussischen Landtag entsandten Zentrumsabgeordneten und Grubenmagnaten Graf Sengel von Donnerstagmarkt wurde Uebergang zur Tagesordnung beschloffen. Die Petition wurde also in den Papierkorb geworfen.

Darauf fand dann am 23. Februar dieses Jahres in Katowice eine Konferenz von Vertretern der P. B. V. statt, die beschloß, an die Grubenverwaltungen nachstehende Forderungen (in Frageform gekleidet) einzureichen:

1. Beabsichtigt die Direktion eine Aenderung der Arbeitsordnung in der im Oktober 1912 gestellten Form vorzunehmen?
2. Von wann ab beabsichtigt die Direktion die achtstündige Schicht einzuführen?
3. Will die Direktion den unter Tage beschäftigten Arbeitern eine 1½-stündige Mittagspause gewähren?
4. Beabsichtigt die Direktion die mangelhaften Verhältnisse in der Grube zu beseitigen und die Arbeiter besser zu behandeln?
5. Beabsichtigt die Direktion den Minimallohn zu zahlen, wie er in der vorgelegten Abänderung der Arbeitsordnung gefordert wurde? Oder will die Direktion die Löhne in anderer Weise aufbessern und in welcher Höhe?
6. Beabsichtigt die Direktion den Arbeitern mindestens einen 14-tägigen Urlaub jedes Jahr zu gewähren?
7. Garantiert die Direktion den Arbeitern das volle Koalitionsrecht?

Die Anträge zur Abänderung der Arbeitsordnung, von denen in den Fragen die Rede ist, enthielten bestimmte Forderungen, so u. a. Vorschläge bezüglich der Lohnfrage. Es wurde als Mindestlohn gefordert: Für die eigentlichen Bergarbeiter (Hauer und Lebhauer) im Bedinge 5,50 bis 6.— Mark, in Schichtlohn 5 Mk., für Schlepper, Förderleute usw. im Bedinge 5 Mk., im Schichtlohn

4,50 Mk., für erwachsene Ubertagearbeiter 4 Mk., für jugendliche Arbeiter 1,50 bis 1,80 Mk., für Arbeiterinnen 1,50 bis 2,80 Mk.

Auf diese Forderungen, deren Abfassung nicht gerade glücklich zu nennen ist, ganz abgesehen davon, daß z. B. zu der Urlaubsforderung zum mindesten die Forderung auf Weiterzahlung des Lohnes während der Urlaubszeit gehört, da sonst die Arbeiter den Urlaub nicht ausnutzen können, wurde angeblich wieder eine abschlägige Antwort gegeben. Eine am 16. März nach Königshütte einberufene Konferenz der P. B. V. beschloß darauf die Proklamierung des Generalstreiks in Oberschlesien.

Dieser Generalstreik sollte aber in rechts- und geziemlicher Weise beginnen, weshalb man ferner beschloß, Unterschriften zur Auffündigung des Arbeitsverhältnisses zu sammeln. Bis zum 21. März sollten diese Unterschriften eigenhändig in den Büros der P. B. V. geleistet sein. Wenn alle Arbeiter kündigten, so hieß es, solle keinem ein Saar vom Kopfe. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, der in Oberschlesien auch wenig Mitglieder hat, erklärte schleunigst in einer Pressemitteilung, daß er sich diesem Generalstreik anschließen werde. Der sozialdemokratische alte Verband rühte den Polen auf die Bude, um Auskunft zu erlangen, was geplant sei, da bei einem allgemeinen Streik auch seine Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen würden. Dieses veranlaßte die Polen, am 20. März zu einer Sitzung für den 21. März einzuladen. Die Verbände und die Christlichen nahmen an dieser Sitzung teil. Von uns konnte ein Vertreter nicht erscheinen, da die Frist zwischen Einladung und Sitzung zu kurz war, um im Vorstand Stellung zu nehmen und einen Vertreter zu entsenden. Die drei Verbände beschloffen nun in dieser Sitzung einen Aufruf, in dem der Beschluß der P. B. V.-Konferenz glatt aufgehoben, die Frist zur Leistung der Kündigungsunterchrift bis zum 28. März verlängert und die weiter zu ergreifenden Maßnahmen in die Hände der Organisationsleitungen gelegt wurden.

Als dann die Unterschriften weniger zahlreich eingingen, als man gehofft hatte — es gingen 19 800 Unterschriften ein — beschloß der Vorstand der P. B. V. am 1. April, nur auf 19 Gruben die Kündigung einzureichen. Am 4. April wurden nach amtlicher Angabe 10 868 Unterschriften mit entsprechendem Begeleitreiben abgeleitet. (Auf das „Kündigungsgeschäft“ bei dieser Bewegung kommen wir noch gelegentlich zurück. D. V.) Trotzdem wollten aber die Führer der P. B. V. den Streik auf alle Gruben ausdehnen, was ihnen ja auch gelungen ist. Wo diese Führer inzwischen die „Geziemlichkeit“ aufgehoben haben, wissen wir nicht. Denn wenn 90 000 Mann im Streik stehen, wie sie angeben, streifen 79 000 Mann unter Kontraktbruch und zwar auf Veranlassung eben dieser Führer.

Am 19. April begann dann, wie oben schon gesagt, auf 17 Grubenanlagen der Streik mit einer ungefähren Beteiligung von 20 000 Mann. Am 20. April, also zu einer Zeit, da sich noch nicht übersehen ließ, welchen Umfang die Bewegung nehmen würde, da 58 Gruben mit mehr als 120 000 Mann Belegschaft in Frage kamen, spielte der Vorsitzende der polnischen Berufsvereinigung schon mit einem Sittnarbeiterstreik. Es geht nun zwar zunächst die Sittnarbeiter selbst an, ob sie in eine Bewegung eintreten wollen oder nicht. Sie könnten unseres Erachtens aber kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt dazu auswählen als die Zeit eines Kohlen- und Erzgräberstreiks. Sie würden mit einer Bewegung, die mit einer solchen der Bergarbeiter zusammenfällt, diesen eines der

Hauptdruckmittel aus der Hand nehmen. Denn wenn die Güterwerte durch einen Kampf still gesetzt würden, wären die Unternehmer der Sorge um Kohlen und Holz entbunden. Sie würden dann die Bergarbeiter solange streifen lassen können, bis die Güterarbeiter wieder bereit wären zu arbeiten. Die paar Klümpel Kohlen, die bei der jetzigen Jahreszeit der Hausbrand benötigt oder die Eisenbahn für die Personenzug-Maschinen — der Güterverkehr käme wenig in Betracht, wenn die Gruben-, Gürtel- und Eisenwerke stillstehen — würden leicht aus anderen Quellen zu beschaffen sein, ganz abgesehen davon, daß die Eisenbahn „achtunggebietende“ Vorräte aufgetapelt hat.

**Die Arbeitersekretariate, Rechts-anwaltsstellen und Anwaltsbüros der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1912.** (Schluß.)

Die Tabelle II enthält im einzelnen den Nachweis über die im Berichtsjahr wahrgenommenen Gerichtsverhandlungen und über die Ergebnisse dieser Verhandlungen. Hierbei ist zu bemerken, daß trotz unserer, zum Teil wiederholter Ermahnungen, die Kollegen es oft nicht für notwendig halten, uns über den Ausgang der Verhandlungen an den Oberverwaltungsämtern zu berichten. Somit dürfte auch die erzielten Erfolge in Wirklichkeit bedeutend höher sein. Die Berichterstattung muß eine genaue und sorgfältige sein; aber gerade hierin lassen unsere Rechtsbüros noch vieles zu wünschen übrig. Man muß dabei annehmen, daß dieser Zustand immer noch auf die mangelnde Ausfüllung zurückzuführen ist. Aufgabe der amtierenden Kollegen in den Rechtsbüros muß es sein, die noch bestehenden Mängel schnellstens zu beheben.

Im Berichtsjahr sind 973 persönliche Vertretungen nachgewiesen, gegen 956 im Vorjahre. 666 Vertretungen betrafen die Arbeiterversicherung, 133 die Gewerbeverträge und 74 andere Angelegenheiten. Ein voller Erfolg wurde in 268 Fällen und ein Teilerfolg in 224 Fällen erzielt. In 351 Fällen war ein Erfolg nicht zu erzielen. Soweit uns über die Ergebnisse Mitteilung gemacht worden ist, haben wir, auf 12 Monate berechnet, den Matrosen den 77 089 M. (71 893 M.) beigeführt. Das Nähere ergibt nachfolgende Tabelle II:

**Tabelle II. Zusammenstellung der wahrgenommenen Verhandlungstermine, ihrer Ergebnisse und der angefertigten Schriftsätze.**

Ort bzw. Name des Sekretariats	Es wurden Verhandlungen persönlich wahrgenommen:		Die Vertretung erbeute in Fällen:		Direkt nachweisbares finanzielles Ergebnis:			Die angefertigten Schriftsätze betrafen:										
	überhaupt	mit Erfolg	mit Erfolg	ohne Erfolg	überhaupt	Erweiterung der Vertretung	Gewinn	überhaupt	Erweiterung der Vertretung	Gewinn								
Berlin, Hauptsekretariat	824	324	51	57	199	17	14876	14876	219	219	—							
Nachen	18	18	2	2	8	—	3069	2041	1028	—	—							
Bremen	26	10	9	7	10	7	1855	1340	288	227	196							
Duisburg	8	1	2	2	1	—	9478	8573	446	459	821							
Düsseldorf	7	5	2	2	2	8	4169	1270	49	2840	214							
Frankfurt, Main	160	128	82	61	77	22	9406	7260	975	1170	1480							
Magdeburg	9	9	—	8	2	4	1847	88	—	1759	102							
Rürnberg	26	16	4	6	10	9	1890	1850	140	400	265							
Saarbrücken	15	10	2	8	6	9	2500	1635	165	700	160							
Altena	9	9	—	4	5	—	?	?	?	?	?							
Kugsbürg	9	7	—	2	4	2	282	282	—	—	40							
Breslau	4	8	1	2	2	—	?	?	?	?	485							
Gemnitz	12	4	2	—	2	—	?	?	?	?	42							
Danzig	6	4	—	—	1	5	48	48	—	—	9							
Berlin	22	5	18	4	9	7	11020	4200	520	6800	258							
Dresden	9	4	3	2	8	2	38	?	88	?	153							
Erfurt	5	8	2	—	1	—	178	136	42	—	28							
Eisen-Gewerkschaften	17	17	—	—	8	6	?	?	?	?	677							
Horb	5	4	1	—	—	—	2088	1915	18	155	148							
H. Stadbad	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	120							
Hilfsh.	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	107							
Hilfsh.	6	2	1	1	2	8	629	616	18	—	7							
Hamm	5	—	5	2	2	1	998	108	—	890	151							
Hattowitz	27	8	5	14	18	1	925	840	85	?	1686							
Helm	18	9	—	4	?	?	?	?	?	?	202							
Leipzig	26	20	8	5	8	18	1690	1600	15	75	88							
Mannheim	17	18	2	2	6	8	576	589	14	23	109							
Nürnberg	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	85							
Oberhausen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	865							
Siegen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	812							
Spremberg	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	167							
Stettin, Maschinenbauer	8	—	—	2	1	—	135	—	135	—	64							
Stettin, Schneider	2	—	—	1	1	—	56	—	56	—	10							
Stuttgart	4	3	1	1	1	2	988	988	—	—	24							
Ulm	4	1	2	1	1	8	1107	632	25	450	65							
Waldenburg	47	35	2	10	18	7	4571	3260	52	1252	285							
Wanne, Bergarb.	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	72							
Wanne, B. u. G.	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	167							
Wesphalen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	84							
Anwaltsbüro	29	15	6	8	16	5	2636	1855	181	650	603							
<b>Gesamt</b>	<b>878</b>	<b>666</b>	<b>188</b>	<b>74</b>	<b>268</b>	<b>224</b>	<b>331</b>	<b>17</b>	<b>77089</b>	<b>55452</b>	<b>4230</b>	<b>17857</b>	<b>11856</b>	<b>4938</b>	<b>885</b>	<b>932</b>	<b>8125</b>	<b>1410</b>

**Die Arbeiterbewegung in den Balkanstaaten.**

Ebenso wie die Türkei und wie Rumänien sind auch Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro fast ausschließlich Länder, in denen noch der landwirtschaftliche Betrieb vorherrschend ist. Die Ausfuhr besteht fast nur aus Erzeugnissen der Landwirtschaft; Industrieerzeugnisse werden so gut wie garnicht ausgeführt. Da sich in den Balkanstaaten Industriezweige in bemerkenswertem Umfange noch nicht entwickeln konnten, so ist auch die Zahl der Industriearbeiter noch ganz gering, und die Arbeiterbewegung steht noch in den ersten Anfängen. Zwar sind seit ungefähr einem Jahrzehnt auch in Serbien und Bulgarien Streiks keine Seltenheiten mehr, und vor einigen Jahren haben bereits einmal die bulgarischen Eisenbahner die Arbeit niedergelegt, aber im allgemeinen handelt es sich dabei stets nur um eine geringe Zahl von beteiligten Arbeitern. Die Zahl der Streikenden für ein ganzes Jahr ist geringer als die Zahl der Streikenden in einem einzigen größeren Industrieunternehmen bei uns. Es handelt sich eben dabei nicht um größere Industrieunternehmen, sondern um Handwerksbetriebe, wo die Meister ihre Arbeiten mit einigen Geiellen anfertigen.

Bisher war die Energie in den Balkanstaaten mehr auf die offene oder heimliche Bekämpfung der Türkei als auf die wirtschaftliche Weiterentwicklung gerichtet. Erreichten jetzt die Balkanstaaten eine wesentliche Machterweiterung und brauchen sie die europäische Türkei nicht mehr als gefährlichen Nachbar zu fürchten, so wird in den Balkanstaaten zweifellos eine Entwicklung beginnen, die darauf abzielt, die Zahl der gewerblichen Arbeiter zu vermehren und Industriezweige einzuführen. Noch weit mehr im Rückstande als in Serbien, Bulgarien und Griechenland sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in Albanien, das jetzt nach dem Willen der Großmächte ein selbständiger Staat werden soll. Dort ist auch noch nicht der erste Anfang einer Arbeiterbewegung zu beobachten. In Albanien bestehen nämlich wirtschaftlich und gesellschaftlich noch ganz primitive Verhältnisse. In einigen Bezirken herrschen Zustände, wie sie bei den alten Germanen zu beobachten waren, als diese mit den Römern zusammenstießen. In den anderen Balkanstaaten ist in den letzten Jahrzehnten die Landwirtschaft schon vielfach von der Geldwirtschaft abgelöst worden; in Albanien kann aber davon in weiten Bezirken noch keine Rede sein.

Wie sich in Albanien noch die alte Stammesverfassung bewahrt hat, so ist dort auch noch jetzt die ursprüngliche Naturwirtschaft anzutreffen. Von den einfachsten Haushaltungsgegenständen bis zum Hausbau wird fast alles noch im Eigenbedarf hergestellt. Selbst der Ackerbau wird noch in ganz rüchtdingiger Weise betrieben. Das wirtschaftliche Getriebe ruht fast ausschließlich auf der Weidewirtschaft. Selbst die Kartoffel ist in Albanien noch nicht bekannt.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, namentlich in Serbien, Bulgarien, Griechenland, aber auch in Rumänien wird zunächst davon abhängen, ob die Balkanstaaten nach geschlossenen Frieden mit einander Ruhe halten. Bei Beginn des Krieges wurde allgemein angenommen, daß sich die gegen die Türkei operierenden Staaten zu einem Balkanbunde mit einem geschlossenen Zollgebiet vereinigen würden. Nach den Weibereien, die schon jetzt zwischen Serbien und Bulgarien und zwischen Bulgarien und Griechenland entstanden sind, ist ein derartiger Bund nicht mehr so sicher; immerhin aber würde das wirtschaftliche Leben in den Balkanstaaten auch ohne den projektierten Staaten- und Zollbund voraussichtlich einen großen Aufschwung nehmen, wenn nicht neue kriegerische Entwicklungen kommen. Die Energie, die sich bisher zu einem sehr großen Teile auf die Bekämpfung der Türkei und der türkischen Verwaltungsbehörden richtete, wird sich voraussichtlich in eine Betätigung zur Erreichung wirtschaftlicher Verbesserungen umkehren. Zwar haben die Balkanstaaten im Kriege große Menschenverluste erlitten, aber diese Staaten haben alle einen sehr bedeutenden Geburtenüberschuß, und so dürften die Menschenverluste bald wieder ausgeglichen werden. Schon bei der Herstellung neuer Eisenbahnen, bei der Ausbesserung der vielen Schäden in den neuerobereten Gebieten usw. dürfte eine ziemlich zahlreiche Klasse der Lohnarbeiter entstehen. Aber auch sonst ist in den Balkanstaaten für die nächste Zukunft auf eine wesentliche Zunahme der Lohnarbeiter zu rechnen.

**Allgemeine Rundschau.**

Dienstag, den 6. Mai 1913.

Eine Aufgabe für die Pfingstfeiertage. Sich einen kräftigen Nachwuchs zu sichern, ist die selbstverständliche Pflicht jeder Organisation. So kann man denn auch beobachten, daß gegenwärtig der Kampf um die Jugend von den verschiedensten Seiten mit größter Energie geführt wird. Auch die Deutschen Gewerksvereine dürfen da nicht zurückbleiben. Deshalb ist auch seit einigen Jahren bei uns eine Jugendbewegung im Gange, die zum Teil recht erfreuliche Erfolge aufzuweisen hat, hier und da aber doch nicht mit der Aufmerksamkeit gefördert wird, die sie verdient. In vielen Orten stehen ihr die älteren Kollegen teinadmslos gegenüber; andererseits hat man sich überhaupt noch nicht zur Gründung einer Jugendabteilung entschließen können. „Bei uns ist dafür kein Boden vorhanden“, so heißt es da. Das ist nur eine leere Ausrede, um sich wegen des mangelnden Eifers zu beruhigen. Wo ein Wille ist, da findet sich auch ein Weg, und wo mit der nötigen Energie vorgegangen wird, da ist es auch möglich, eine Jugendabteilung zu gründen.

Die bevorstehenden Pfingstfeiertage scheinen uns ganz besonders geeignet, unserer Jugendbewegung einen guten Zutrom zu bringen. Da werden vielfach Ausflüge gemacht, an denen auch die Familienangehörigen teilnehmen. Die Gelegenheit muß benutzt werden. Wer von dem Wert und der Notwendigkeit der Jugendorganisation überzeugt ist, der muß entweder in einer kurzen Ansprache oder auch in einfacher mündlicher Unterhaltung die Eltern davon zu überzeugen suchen, daß es nicht nur im Interesse unserer Organisation, sondern vor allem im Interesse der heranwachsenden Kinder liegt, wenn sie sich unserer Jugendbewegung anschließen. Leider sind da noch viele Vorurteile zu bekämpfen, die aber sehr leicht überwunden werden können, wenn man sich tüchtig ins Zeug legt. Wir wollen darüber heute nicht mehr sagen, sondern es bei dieser Mahnung bewenden lassen. Knüpfen aber daran den Wunsch, daß dieser Anstell in den Kreisen der vortwärtsstrebenden Gewerksvereinskollegen nicht ungehört verhallt, sondern daß sie alles anboten, unserer Gewerksvereinsjugend auch auf diesem Wege einen schlagerfertigen Nachwuchs und damit die Zukunft zu sichern.

**Polizei und Vereinsrecht für das deutsche Reich.** Nach den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes von 1908 müssen „öffentliche Versammlungen zur Förderung politischer Angelegenheiten (politische Versammlungen)“ bei der Polizei

angemeldet werden. So steht es im § 5 des genannten Gesetzes. Eine solche Anzeige ist nicht erforderlich, wenn die Versammlung öffentlich bekannt gemacht worden ist. Außerdem bedürfen nach § 6, Absatz 3 des Reichsvereinsgesetzes keiner Anmeldung diejenigen Versammlungen, die von Arbeitern zur Erörterung von Verhandlungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen einberufen werden. Wenn nun insbesondere die zuletzt genannten Versammlungen nicht anmeldepflichtig sind, so sollte man annehmen, daß die Polizei auch nicht das Recht hat, Beauftragte zur Überwachung dieser Versammlungen zu entsenden, auch dann nicht, wenn sie öffentlich sind, weil in diesen Versammlungen doch keine politischen Angelegenheiten erörtert werden.

Die Polizei ist jedoch nicht überall dieser Meinung, sondern sie hält sich an mandaten Orten für berechtigt, auch öffentliche Gewerkeversammlungen durch Beauftragte überwachen zu lassen, obwohl sie aus dem Verhandlungsthema und aus der Form der Veröffentlichung dieser Versammlung ersehen kann, daß es sich dabei nicht um politische Angelegenheiten handelt. Am Donnerstag, den 24. April d. Js. fand in Gagnau i. S. Ch. eine solche Versammlung statt, in der kurz vor Eröffnung derselben zwei Polizeibeamte zur Überwachung erschienen. Der Versammlungsleiter, wie auch der Referent bedeuteten den beiden Herren, daß sie nicht berechtigt seien, eine Überwachung dieser Versammlung vorzunehmen. Der Herr Polizeikommissar verließ dann allerdings das Versammlungslokal, aber er beauftragte den mit erschienenen Schutzmänn mit der Überwachung. Hiergegen ist Beschwerde eingelegt worden mit der Begründung, daß eine Anmeldepflicht einer solchen Versammlung nach § 6 Absatz 3 des Gesetzes nicht erforderlich ist. Wenn der Gesetzgeber diese Anmeldepflicht verneint, dann hat doch auch die Polizei nicht das Recht, solche Versammlungen zu überwachen, zumal ihr doch aus der ganzen Form der öffentlichen Bekanntmachung bekannt sein mußte, daß politische Erörterungen nicht stattfinden sollten. Es wird nun zunächst abzuwarten sein, welche Entscheidung auf die eingelegte Beschwerde erfolgen wird.

**Recht bedenkliche Mittel** haben die ober-schlesischen Grubenmagnaten zur Anwendung gebracht, um die Bewegung der Bergarbeiter zu unterdrücken. Die Kumpels leben natürlich von der Sand in den Mund und sind in einer solchen Bewegung gezwungen, den Kredit der Kaufleute in Anspruch zu nehmen. Dieser Kredit ist ihnen auch vielfach gewährt worden. Weil dadurch ihre Widerstandsfähigkeit aber erhöht wurde, haben sich die Bergherren an die Kaufleute des Industriebezirks gewandt und sie durch eine Warnung zu bewegen gesucht, den Vergleuten den Kredit zu entziehen. Das „Berl. Tageblatt“ ist in der Lage, eine Aufschrift zu veröffentlichen, die ihm von einem holländischer Kaufmann übermittelt worden ist. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Warnung! Kaufleute! Deutsche Kaufleute aus dem Industriebezirk haben sich wohl aus Angst vor einem Verzug seitens der polnischen Berufsvereine gegenwärtig lassen, den von dieser so leichtfertig angebotenen Kredit der Bergarbeiter zu unterstützen. Einige, deren Namen übrigens bekannt sind, sind sogar so weit gegangen, daß sie Gelddarlehen für die Streikenden beisteuerten. Sie haben, anstatt strikte Neutralität zu bewahren, damit einseitig Partei für die Streikenden ergreifen und sich in einen bemühten Gegensatz zu den Arbeitgeberern gesetzt, welche doch mit ihrer Beamtenschaft einen recht bedeutenden Teil ihrer Kundenschaft, und zwar den wertvollsten und am besten zahlenden, bilden. Die Arbeitgeber werden die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben, sie werden in dem hier von einem Teil der Kaufmannschaft aufgezeigten Kampf nicht zögern, von ihrer wirtschaftlichen Macht recht ergiebigen Gebrauch zu machen. Einige Verwaltungen sind schon heute in ernste Beratung darüber eingetreten, um an verschiedenen Orten des Industriebezirks Konsumvereine zu gründen.“

Man setzt also den Kaufleuten die Pistole auf die Brust, um sie zu hindern, den Vergleuten noch etwas zu borgen. Eine solche Kampfweise richtet sich von selbst, sie ist aber umso weniger zu verurteilen, weil die Bergherren selbst sonst alles tun, um den Gewerbetreibenden die Erlöse zu erschweren, dadurch, daß sie selbst Konsumvereine und dergleichen für die einzelnen Werke schaffen. Trotzdem verlangen sie jetzt von den Geschäftleuten, daß sie sich dem Wadtwort von oben fügen. Fürwahr, ein starkes Stück!

**Arbeiterbewegung.** Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe sind Ende der

vorigen Woche zum Abschluß gelangt. Es kann wohl gesagt werden, daß für die meisten Vertragsgebiete eine Einigung erzielt worden ist. Wo dies nicht der Fall war, haben die Unparteiischen Schiedsrichter gefällt, über deren Annahme sich in dieser Woche die beiden Parteien schlüssig werden müssen. Bis zum 6. Mai sollen die diesbezüglichen Erklärungen abgegeben sein. Die Berliner Zimmerer haben im Gegensatz zu den übrigen Bauarbeitern den Schiedsrichter angenommen. — Auf Anregung des Berliner Oberbürgermeisters Bermuth sind auch im Malergewerbe neue Einigungsverhandlungen in Aussicht genommen worden. Urrbriglich sollten dieselben schon Anfang dieser Woche beginnen; sie sind aber noch verschoben worden. — In der Binnen-schiffahrt geht der Kampf mit vermehrter Heftigkeit weiter. Der Arbeitgeberverband hat den Zentralverband der Maschinen- und Heizer und den Deutschen Transportarbeiterverband in Kenntnis gesetzt, daß er sich nach den letzten Erklärungen der beiden Organisationen nicht mehr an seine Vor schläge vom 28. Januar gebunden erachte. — In Cottbus sind die Bäckergejellen in den Streit getreten, weil ihre Forderungen auf Abschaffung des Koit- und Logiszwanges, Gewährung eines Wochenlohns von 22 Mk., Einführung der einstündigen Arbeitszeit und eines 36stündigen Ruhetages von der Innung abgelehnt worden sind. Nur ein Teil der Meister hat die Forderungen bewilligt. — Auch im Breslauer Bäckergewerbe ist ein Streit ausgebrochen, weil viele Innungsmeister es abgelehnt haben, auf friedlichem Wege die Forderungen der Gehilfen auf Lohnerhöhung und Abschaffung des Koit- und Logiszwanges zu bewilligen. Bei den Meistern, wo Zuständnisse gemacht worden sind, wird weitergearbeitet.

In der spanischen Industriestadt Saragoja sind die Metallarbeiter in den Streit getreten; auch in andern Arbeitszweigen hat man die Arbeit niedergelegt. — Wegen Ablehnung der Lohnforderungen und der Wünsche auf Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen haben die Zugführer und die Eisenbahnbedienten der nordamerikanischen Ostbahn beschloffen, eine Abtümung vorzunehmen, ob in den Zustand eingetreten werden soll. — Die Vorstände der im Schiffsbau beschäftigten englischen Trade Unions haben ihre Mitglieder aufgefordert, eine Abstimmung vorzunehmen, ob sie den Vorschlag der Arbeitgeber annehmen und ihre Forderung auf eine allgemeine Lohnerhöhung auf drei Monate hinauschieben oder in den Zustand treten wollen, um die Lohnerhöhung sofort zu erkämpfen.

**Auf die Geldquellen der Gelben** wirft ein An-schreiben, das der gelbe „Berkverein“ an verschiedene Großindustrielle gerichtet hat, ein grelles Salaglicht. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Firma . . . . .  
Wenn Sie Ihre Fabrikate auch bei der rheinisch-westfälischen Großindustrie einführen wollen, so empfehlen wir Ihnen die Aufgabe eines fortlaufenden Inserats in unserer Wochenschrift „Der Berkverein“. Selbige ist auf Veranlassung des Rationalen Arbeitervereins Berl. Strupp, Essen, ins Leben gerufen und dient der Herbeiführung eines gesunden Einvernehmens zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern. Unsere wirtschaftsfriedliche nationale Bewegung wird von der rheinisch-westfälischen Großindustrie tatkräftig unterstützt, das ersehen Sie aus dem beigefügten Probennummern. Auch anderer Seite hin haben unsere Bestrebungen auch bei den Industriearbeitern volle Anerkennung gefunden, so daß wir heute nach fast zweijährigem Bestehen bereits über 45 000 feste Bezüher verfügen.

Da wir mit der rheinisch-westfälischen Großindustrie enge Fühlung haben, liegt es auf der Hand, daß Sie durch die Aufgabe von Inseraten in unserm Organ leicht neue Geschäftsverbindungen antizipieren. Unser Inseratenteil ist absichtlich begrenzt, daher kommt jedes Inserat voll zur Geltung. Wir sehen Ihrer freundlichen Nachsicht, ob wir auf einen Auftrag rechnen können, mit Interesse entgegen und heißen:

hochachtungsvoll  
„Der Berkverein“, Abteilung für Anzeigen.  
gez. Müller.

Mit Entrüstung weisen die Gelben es stets zurück, wenn man von ihnen behauptet, daß sie in vollständiger Abhängigkeit vom Unternehmertum stehen, von ihm finanziell unterstützt werden und deshalb nicht in der Lage seien, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Diese Scheuheit wird durch obigen Brief glänzend Lügen gestraft. Offen wird die tatkräftige Unterstützung durch die Großindustrie und die enge Fühlung mit derselben hervorgerufen. Auch die Aufnahme von Inseraten der Großindustriellen ist sicherlich nicht geeignet, die Unabhängigkeit der gelben Berkvereine zu

härten. So wird also nur von neuem bewiesen, daß diese auch-Organisationen nichts anderes sind, als willkürliche Werkzeuge in den Händen der Unternehmer, Gebilde, die nicht die Vorteile der Arbeitnehmer, sondern der Arbeitgeber vertreten.

Eine traurige Kunde geht durch unser Vaterland. Am Montag ist in Berlin ein wackerer Mann aus dem Leben geschieden, dessen Name in den Kreisen aller freiheitlich denkenden Deutschen einen guten Klang hat. Der frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete

**Karl Schrader**

ist im Alter von 79 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. Auch wir Gewerkevereiner haben allen Anlaß, den Tod dieses Mannes auf das tiefste zu bedauern. Nicht allein, daß der Verstorbene im Kampfe um eine freiheitliche Weltanschauung stets in den ersten Reihen stand, auch wo es galt, die Lage der Arbeiter zu heben, hat es Schrader niemals an sich fehlen lassen. In den Parlamenten ist er stets ein energischer Förderer einer gesunden Sozialpolitik gewesen. Die Bildungsbeiträge, die auf die Hebung des geistigen Wohls der Arbeiterchaft gerichtet waren, wurden ebenfalls von ihm auf das lebhafteste unterstützt. Als aufrichtiger Freund des Genossenschaftswesens hat er durch Gründung der Berliner Baugenossenschaft sich auch um das Wohlbefinden der Berliner Arbeiterchaft hervorragende Verdienste erworben. Mit einem Worte: Auf allen Gebieten sozialer Tätigkeit war Schrader anzutreffen. Deshalb betrauert auch die deutsche Arbeiterchaft den Tod dieses hervorragenden Mannes, der in seinem ganzen öffentlichen Wirken sich als eine charaktervolle Persönlichkeit erwiesen hat und sich dadurch ebenso wie durch seine persönliche Liebenswürdigkeit auch die Achtung seiner Gegner erworben hat. Unso mehr wird ihm in den Kreisen der Deutschen Gewerkevereine, denen er sich stets als treuer Freund bewährt hat, weit über das Grab hinaus ein dauerndes Andenken gewahrt bleiben.

**Von der Kunst, ohne Erfolg zu sprechen.** Der amerikanische Politiker Carl Schurz berichtet in seinen Lebenserinnerungen von seinem Zutammentreffen mit Karl Marx, dessen öffentliches Auftreten auf ihn einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht hatte:

„Ich brachte von dieser Versammlung eine wichtige Erfahrung mit mir nach Hause: daß, wer ein Führer oder Lehrer des Volkes sein will, seine Zuhörer mit Achtung behandeln muß; daß selbst der überlegendste Geist an Einfluß auf andere verlieren wird, wenn er diese durch fortwährende Demonstrationen seiner Überlegenheit zu demütigen sucht; daß man die Unwissenheit am leichtesten auflären und gewinnen wird, wenn man sich nicht mit Herablassung, sondern mit Sympathie auf ihren Standpunkt stellt und von diesem aus das Rationnement führt. Der wird schwer Anhänger gewinnen, der mit dem Geiste beginnt: „Wer nicht so denkt wie ich, ist ein Esel oder ein Schuft oder beides zugleich.“

Etwas von der an Marx geriaten Methode haben auch heute noch zahlreiche Führer der „Genossen“ an sich.

**Gewerkevereins-Zeil.**

§ **Hirschberg.** Der Ortsverband der Deutschen Gewerkevereine im Riesengebiet hielt am 27. April hier selbst zunächst eine Delegiertenversammlung ab, in der von 13 Ortsvereinen 10 vertreten waren. Diese erstatteten Bericht über den Stand der Organisation in ihren Orten. Danach herrscht überall fröhliches Leben und reges Interesse; auch die Mitgliederzahl ist im Zunehmen. In Warmbrunn steht die Gründung eines neuen Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter in Aussicht.

Im Anschluß daran fand eine Ortsverbanderversammlung statt, in der zunächst vom Kassierer, Kollegen Heller, Gartzau, der Rechnungsbuchbericht über das letzte Jahr erstattet wurde. Der in Aussicht genommene Vortrag über das Referenten aufweisen mußte wegen Erkrankung des Referenten auf eine spätere Versammlung verschoben werden. Der aus Mitgliederkreisen geäußerte Wunsch, zwei Ortsverbanderversammlungen alljährlich außerhalb Hirschbergs abzuhalten, um die Agitation zu fördern und das Interesse am Ortsverbande zu vermehren, fand Berücksichtigung. Die nächste Ortsverbanderversammlung soll demgemäß in Warmbrunn, die darauffolgende in Schmiedeberg abgehalten werden.

Einer Einladung des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter Schmiedeberg zu einer geplanten öffentlichen Gewerkevereinsversammlung...

Verbands-Teil.

3. Quittung über eingesandte Sammelgelder für die ausgesperrten Maler und Textilarbeiter. Bauhandwerker: Charlottenburg Nr. 5...

Berichtigung. In der 2. Quittung in Nr. 34 des 'Gewerkevereins' muß es heißen: Maler, Radierer usw. Saar-Brüden 33,60 Mk. Berlin, den 5. Mai 1913. R. Klein, Verbandskassierer.

Beisammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-23. Wegen der Feiertage findet die nächste Sitzung erst am 21. Mai statt.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Kurpops Gesellschaftshaus, Bremen, Reffenstraße.

Leipzig (Gewerkevereins-Vereinstafel). Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal 'Stadt Hannover', Seeburgstr. 25, statt.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Potsdam (Orts- der Masch. u. Metallarb. III). G. Balthersdorf, Schiffsführer, Treibstr. 69. Greifswald (Ortsverb.) Frau R. Kells, Schriftföhrerin, Burgstr. 2.

Literatur.

Le Traducteur, Le Traducteur, Il Traduttore, drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Empfangsfeier für die Abgeordneten des 18. ordentlichen Verbandstages

in allen Räumen des Verbandshauses der Deutschen Gewerkevereine, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. Montag, den 12. Mai, (2. Pfingstfeiertag), abends 8 1/2 Uhr.

Aus Anlaß des 18. Verbandstages Donnerstag, den 15. Mai 1913, nachmittags Dampferfahrt nach der Oberspree. Fahrt mit einem 'Strom-Dampfer' nach Restaurant 'Wendensflöß' an der Dahme, dann Rundfahrt auf dem Seebin-See usw.

Rosowes. Ortsverbandsgesellschaft für durchreisende Kollegen beim Kassierer B. Haase, Müllerstr. 7. Arbeitsnachweis bei K. Ungermann, Lindenstraße (Restaurant).

Wenz (Ortsverband) Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Unterfüßung von 75 Pf. beim Kollegen Albin Müller, Chemnitzstr. 15.

Cottbus (Ortsverband). Unsere Herberge befindet sich im Gasthof 'Zum preußischen Hof', Taubenstraße 19, in der Nähe des Bahnhofs.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Vergütungskarten im Werte von 75 Pf. bei allen Ortsvereinskollegen.

Him a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 Mark Unterfüßung beim Ortsvereinskassierer Greiner, Pfanzenstraße 17.

Lüdenscheid (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgesellschaft befindet sich beim Sekretär Fritz Funke, Bohrerstr. 12.

Rassen-Bilanz der Frauen-Begräbnis-Kasse des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine pro I. Quartal 1913

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, and sub-columns for each. Includes items like 'An Vortrag', 'Beiträge', 'Einnahmelo', 'Ration', 'Zinsen' and 'Ber Begräbnisgeld', 'Einfachabgaben', 'Vertrauensmänner', etc.

Table with columns: Gesamtvermögen, Kennwert, Reduziert, and Mitgliedszahl. Includes rows for '8 1/2 Deutsche Reichs-Anleihe', '3 1/2 Berliner Stadt-Anleihe', '4 1/2 Berliner Stadt-Anleihe', etc.